Dr. Alexander King (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin keineswegs grundsätzlich gegen das Register, aber ich finde schon: Die Berliner Steuerzahler finanzieren das Berliner Register jährlich mit 1 Million Euro, Tendenz steigend, und da muss es erlaubt sein, auch kritisch nachzufragen und zu diskutieren, welche Wirkung mit diesem Geld erzielt wird.

[Beifall von Robert Eschricht (AfD)]

Da ist doch nichts dabei, und ich finde es auch gut, wenn man nicht nur die Wirkung, sondern auch die Arbeitsweise mal überprüft, denn natürlich gibt es viele sinnvolle Aspekte bei dieser Arbeit. Es gibt aber auch problematische Aspekte, und die muss man ansprechen dürfen, weil die auch wichtig sind.

Ich finde es grundsätzlich nicht gut, dass Bürger dazu aufgerufen werden, unliebsame Meinungen irgendwo zu melden, und ich wundere mich, dass sich hier kaum jemand daran stört.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Wir finden am Pranger – und das ist auch ein Problem – der Berliner Register eben keineswegs nur rechtsextreme, antisemitische oder fremdenfeindliche Vorfälle,

[Zurufe von Niklas Schrader (LINKE)
und Tobias Schulze (LINKE)]

sondern auch ganz harmlose Meinungsbekundungen, die sicher von vielen Berlinern geteilt werden; vielleicht nicht von Ihnen, und vielleicht auch nicht von mir. Man wundert sich, was da alles aufgelistet wird, zum Beispiel Kritik an der Gendersprache oder an CORRECTIV oder auch Coronademos, alles oft sehr unspezifisch und sehr holzschnittartig. Ich finde es fahrlässig, dass die vielen Bürger, die diese Meinungen teilen, gespiegelt bekommen, dass sie damit außerhalb des tolerierten Meinungsspektrums und im Grunde auf derselben Stufe stehen wie Antisemiten oder Rechtsextreme.

[Beifall von Robert Eschricht (AfD) –
Anne Helm (LINKE): Vielleicht sollte man
sich dann nicht so äußern! –
Zuruf von Robert Eschricht (AfD)]

Das Lagebild, das da abgebildet werden soll, ist deshalb auch an manchen Stellen verzerrt. Ich will ein konkretes Beispiel nennen: Am 25. Februar 2023 fand in Berlin der „Aufstand für Frieden“ statt, eine Manifestation des Friedenswillens von Zehntausenden ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern.

[Zuruf von Katina Schubert (LINKE)]

Lesen Sie mal – –

[Zuruf von Katina Schubert (LINKE)]

– Ruhe jetzt! – Lesen Sie mal, was die Berliner Register darüber zu berichten haben! Natürlich kein Wort von den vielen Familien, Ehepaaren, Jungen und Alten, die aus Berlin und ganz Ostdeutschland angereist waren.

…

Von einer so genannten „Friedensdemonstration“ ist da die Rede, unverschämt! Man erhält den Eindruck –

[Unruhe]

Was ist denn hier los? – Jetzt mal bitte Ruhe hier! –, das sei eine Versammlung rechtsextremer Gruppen gewesen, wenn man das im Register liest, und nicht der klägliche Versuch rechter Trittbrettfahrer, diese Kundgebung zu infiltrieren.

Vizepräsident Dennis Buchner:

Herr –

Dr. Alexander King (fraktionslos):

Das geht sogar so weit, dass über den Versuch des rechtsextremen Magazins Compact berichtet wird, die Kundgebung zu besuchen, aber nicht davon, dass die Veranstalter, unterstützt durch Teilnehmer – unter anderem übrigens Mitglieder der Linken –,

[Zuruf von Katina Schubert (LINKE)]

diesen Versuch rigoros unterbunden haben. Was kann man aus so einem Bericht lernen? – Eigentlich nur Falsches. Ich finde, das ist wirklich ziemlich unseriös und sicher keine Grundlage für eine sinnvolle Strategie.

Vizepräsident Dennis Buchner:

Herr Kollege! Ich muss Sie noch mal unterbrechen. Sie machen so wenige Pausen, aber ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen würden? Begehren würde sie die Kollegin Gennburg aus der Linksfraktion.

[Karsten Woldeit (AfD): Machen Sie, bitte! –
Zuruf von Katalin Gennburg (LINKE)]

Dr. Alexander King (fraktionslos):

Nein, danke! – Übrigens, auch die Bekundung von Solidarität mit Palästinensern im Gazastreifen kann einen heutzutage ganz schnell an den Registerpranger bringen. So ziemlich jede Pro-Palästina-Demo schafft es mittlerweile ins Register. Es wird die AfD wahrscheinlich sogar freuen und vielleicht auch die CDU, aber ehemalige Unterstützer der Register nehmen mittlerweile genau deshalb Abstand davon. Es ist eben so: Irgendwann kann es jeden treffen. So politisch korrekt, dass man davor gefeit ist, kann man gar nicht sein.

[Beifall bei der AfD –
[Katina Schubert (LINKE): Du siehst ja, wer für dich klatscht!]